

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
DES AUSSCHUSSES FÜR
KULTUR, BILDUNG UND
SOZIALES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
15. KBS 2014-2020
Sitzungsdatum:
22.02.2018

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 22.02.2018

Unter dem Vorsitz von Dr. Sascha Derichs versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.11.2017
2. Ortstermin Obdachlosenhilfe-Gemeinsam für Menschen in Not e.V.: Aussprache
3. Bericht über den Seniorenschounachmittag 2017
4. Begrenzung der Eingangsklassengrößen an Schulen des Gemeinsamen Lernens (GL) in Übach-Palenberg
5. Antrag der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. auf Übernahme von Investitionskosten
6. Antrag der SPD-Fraktion vom 03.01.2018, hier eingegangen am 18.01.2018, gem. § 36 Abs. 1 GeschO betr. Berufung von Sachverständigen in den Ausschuss Kultur, Bildung und Soziales
7. Erweiterungen zur Tagesordnung
8. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

9. Erweiterungen zur Tagesordnung
10. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Sven Bildhauer

SPD

Herr Bernhard Brade	CDU	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	
Herr Lars Kohnen	CDU	
Herr Dietmar Lux	CDU	
Herr Artur Wörthmann	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Heinrich-Josef Frings	UWG	
Herr Paul Josef Gerschel	SPD	als persönlicher Vertreter für Stadtverordnete Burghardt
Herr Ralf Gottschlich	CDU	
Frau Monika Lux	CDU	
Frau Angela Suchan-Reinhardt	Bündnis 90/ Die Grünen	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Lars Kleinsteuber		als persönlicher Vertreter für sachkundigen Einwohner Bernhardt
Herr Oliver Stoffels	CDU	

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Ruth Blazic		
Frau Heike Egner-Walter		
Frau Martina Eichler		
Frau Katja Gerhards		als Vertreterin für Frau Pollex
Herr Stephan Gericke		
Frau Petra Hanrath		
Herr Hans Münstermann		
Herr Gerd Schindler		als Vertreter der evangelischen Kirche

Abwesende sachkundige Einwohner

Frau Marion Wissing	B'90/Die Grünen	
---------------------	-----------------	--

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch	
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz	
Herr Stadtrechtsrat Marius Claßen	
Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder	
Herr Stadtverwaltungsrat Dieter Gudehus	
Herr Stadtverwaltungsrat Herbert Söhnen	
Frau Stadtamtfrau Maike Simunovic	
Herr Stadtinspektor Thomas de Jong	
Herr Verwaltungsangestellter Thomas Lohren	

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Jutta Gündling	
----------------------------------	--

Ortstermin:

Um 17.00 Uhr fand ein Ortstermin im Lager der Obdachlosenhilfe-Gemeinsam für Menschen in Not e.V. in der Schulstraße 38 statt, der den Ausschusmitgliedern die Möglichkeit gab, sich ein Bild vom Verein und seiner Arbeit zu machen.

Nach einer Begrüßung durch die Vorsitzende des Vereins, Frau Ursula Hartmann, stellte sie zusammen mit ihrem Team den Verein und seine Tätigkeitsfelder vor. Neben Projekten wie dem Kochteam, der Tierfutterausgabe, dem Warenlager und dem Schnäppchenmarkt ging Frau Hartmann auch auf die Finanzierung der ehrenamtlichen Arbeit ein. Sie berichtete von erhaltenen Auszeichnungen und Geldpreisen sowie der Kooperation und Zusammenarbeit mit Behörden, anderen Vereinen und Institutionen. Im Anschluss an den Vortrag wurden Rückfragen der Ausschusmitglieder beantwortet und die Räumlichkeiten des Vereins Obdachlosenhilfe-Gemeinsam für Menschen in Not besichtigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** alle anwesenden Ausschusmitglieder, Vertreter der Schulen, Verwaltungsbedienstete und die Zuschauer. Besonders begrüßte er Herrn Gericke als neuen Schulleiter der Willy-Brandt-Gesamtschule, Frau Petra Hanrath als stellvertretende Schulleiterin der Städtischen Realschule und Herrn Marius Claßen als neuen Dezernenten für Recht, Ordnung und Soziales. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschuss fest.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Schulleitungen und eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.11.2017**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales vom 09.11.2017 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 **Ortstermin Obdachlosenhilfe-Gemeinsam für Menschen in Not e.V.: Aussprache**

Es fand eine Aussprache statt.

3 **Bericht über den Senioreshownachmittag 2017**

Seitens der **Verwaltung** wurde über den Senioreshownachmittag 2017 berichtet. Es wurden die Einnahmen und Ausgaben genannt und mitgeteilt, dass der Senioren-

shownachmittag auch im Jahr 2017 gemäß der Vorgabe des Haushaltssanierungsplans kostendeckend war. Zu dem der Sitzungsvorlage angefügten Bericht wurde korrigierend ausgeführt, dass es im Jahr 2016 495 Besucher gab und nicht 475.

Auf Rückfrage der **SPD-Fraktion** erklärte die **Verwaltung**, dass sie die Kostenaufstellungen für die Jahre 2016 und 2017 gerne der Niederschrift als **Anlage** beifüge und diese zukünftig mit in den Bericht aufnehmen werde.

Die **CDU-Fraktion** lobte die Veranstaltung und erklärte, dass ihr die Gesamtkosten reichen würden.

Beschluss:

- 1. Der Bericht der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**
- 2. Im Jahr 2018 findet der städtische Seniorenschnachmittag am Mittwoch, 17. Oktober statt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

4 Begrenzung der Eingangsklassengrößen an Schulen des Gemeinsamen Lernens (GL) in Übach-Palenberg

Die **Verwaltung** ergänzte zur Sitzungsvorlage, dass die Begrenzung der Eingangsklassen an Schulen des Gemeinsamen Lernens für das Schuljahr 2018/2019 im Hinblick auf die aktuellen Anmeldezahlen nur die GGS Palenberg tangiere. Es gebe für zwei Eingangsklassen aktuell 58 Anmeldungen, sodass 8 Kinder für das kommende Schuljahr abgelehnt werden müssten. Da diese Kinder aus den Stadtteilen Frelenberg, Marienberg, Scherpenseel und Übach kommen, könnten diese an einer der Grundschulen in den jeweiligen Stadtteilen aufgenommen werden. Dort gebe es noch Kapazitäten.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass sie der Beschlussempfehlung folgen werde.

Auf Nachfrage der **SPD-Fraktion** erklärte die **Verwaltung**, dass die Begrenzung der Eingangsklassen an Schulen des Gemeinsamen Lernens mit der Schulaufsicht und den Schulleitungen abgestimmt sei. Für Übach-Palenberg seien insgesamt 11 Eingangsklassen vorgesehen.

Auf Nachfrage der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erklärte die **Verwaltung**, dass der aktuelle Schulentwicklungsplan noch die Schülerzahlen für die kommenden zwei Schuljahre (2018/2019 und 2019/2020) beinhalte und in diesem auch die damaligen Neubaugebiete in Übach-Palenberg berücksichtigt seien. Das genaue Anmeldeverhalten sei jedoch nicht absehbar.

Die **Schulleitungen** wiesen darauf hin, dass Schulen des Gemeinsamen Lernens einen erhöhten Raumbedarf haben und baten darum zu berücksichtigen, dass sich die Zahl der Eingangsklassen in den kommenden Schuljahren ändern (KGS Übach 2019/2020 nur noch zwei Eingangsklassen).

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs bat die Verwaltung, die in Übach-Palenberg gemeldeten vierjährigen Kinder über die Einwohnermeldeamtsdaten zu ermitteln und diese dem Ausschuss mitzuteilen. Von dieser Zahl könne eine Entwicklung der künftigen Anmeldungen abgeleitet werden.

Die **Verwaltung** sagte dies für die nächste Ausschusssitzung zu.

Beschluss:

Der Verringerung der Eingangsklassengrößen auf maximal 25 Schülerinnen und Schüler in den GL-Schulen in Übach-Palenberg wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

5 Antrag der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. auf Übernahme von Investitionskosten

Die **Verwaltung** erläuterte den Antrag der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V..

Auf Nachfrage der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erklärte die **Verwaltung**, dass das im Schreiben der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. genannte Vertragswerk insbesondere der § 3 Absatz 2 in keinem Zusammenhang mit der Übernahme von Investitionskosten stehe und die Stadt dazu auch nicht rechtlich verpflichtete.

Die **CDU-Fraktion** begrüßte die Erweiterung der Kindertagesstätte, sehe den jedoch vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung anderer Träger kritisch.

Die **SPD-Fraktion** kritisierte, dass die Sitzungsvorlage keine Beschlussempfehlung der Verwaltung beinhalte und erkundigte sich nach der Meinung der Verwaltung.

Die **Verwaltung** erklärte daraufhin, dass die Zuständigkeit beim Ausschuss bzw. beim Rat liege. Sie könne gerne am Anschluss an die Diskussion einen Beschlussvorschlag formulieren.

Nach einer Diskussion und einer zweiminütigen Sitzungsunterbrechung formulierte die **Verwaltung** folgende Beschlussvorschlag:

Beschlussempfehlung:

Der Antrag der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. auf Übernahme von Investitionskosten in Höhe von 93.000 € wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

6 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.01.2018, hier eingegangen am 18.01.2018, gem. § 36 Abs. 1 GeschO betr. Berufung von Sachverständigen in den Ausschuss Kultur, Bildung und Soziales

Die **SPD-Fraktion** erläuterte ihren Antrag.

Die **Verwaltung** erklärte, dass sie sowie der Städte- und Gemeindebund bei der Prüfung des Antrags zu dem Ergebnis gekommen seien, dass der Antrag rechtswidrig sei. Die Gemeindeordnung NRW sehe vor, dass sich ein Ausschuss Sachverstand über sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner einhole. Weiterhin bestehe die Möglichkeit ergänzenden Sachverstand zu einzelnen Tagesordnungspunkten in Form von Sachverständigen einzuholen. Durch die stetige Teilnahme von Vertretungen der Kita-Träger als Sachverständigen würde die Funktion des sachkundigen Bürgers/Einwohners ausgehöhlt. Wenn der Ausschuss den im Antrag enthaltenen Beschluss fasse, müsse der Bürgermeister diesen beanstanden.

Die **SPD-Fraktion** formulierte darauf hin ihren Beschlussvorschlag wie folgt um:

„Vertretungen der Kita-Träger (vorzugsweise Kita-Leitungen) werden als Sachverständige (gem. GO) zur Sitzung des KBS eingeladen, wenn ein thematischer Bezug über die Tagesordnung gegeben ist. Die Kita-Träger werden gebeten, jeweils eine Person und eine Vertretung (vorzugsweise Kita-Leitungen) zu benennen, die zukünftig die Einladungen zum KBS erhalten sollen.“

Die **Verwaltung** erklärte, dass dieser Beschlussvorschlag zu unbestimmt sei. Weiterhin wies sie darauf hin, dass es gängige Praxis sei, dass der Ausschussvorsitzende jederzeit zu Tagesordnungspunkten Sachverständige hinzu bitten könne und die Verwaltung entsprechend der Vorgabe des Ausschussvorsitzenden einlade.

Die **CDU-Fraktion** befürwortete den Vorschlag der Verwaltung.

Nach weiteren Rückfragen erklärte sich Ausschussvorsitzender **Dr. Derichs** dazu bereit, so zu verfahren, wie die Verwaltung vorgeschlagen habe. Er fragte die SPD-Fraktion, ob sie ihren Antrag zurückziehen werde.

Die **SPD-Fraktion** zog ihren Antrag zurück. Sie werde die weiteren Sitzungen abwarten und bei Bedarf einen neuen Antrag stellen.

7 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

8 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Die **Verwaltung** informierte, dass sich der Vorstand des Senioren- und Behindertenbeirates der Stadt Übach-Palenberg neu konstituiere. Sie werde über den weiteren Verlauf berichten.

Anfragen

Anfragen der CDU-Fraktion:

Auf Anfrage der **CDU-Fraktion** erklärten die **Schulleitungen**, dass die Landesregierung NRW zum Verhalten der Schulen bei dem Sturmtief Friederike im Nachgang die Verantwortlichkeiten und Entscheidungsbefugnisse kommuniziert habe. Zum Zeitpunkt des Sturms habe jede Schulleitung alleine entschieden. Die Schüler seien nicht nach Hause geschickt worden und hätten sich sicher in den Gebäuden befunden.

Auf Anfrage der **CDU-Fraktion** erklärten die **Schulleitungen**, dass ihnen noch nicht bekannt sei, wann das von der Landesregierung NRW vorgesehene neue Fach Wirtschaft eingeführt werde.

Weiterhin regte die **CDU-Fraktion** an, den fertiggestellten Neubau des Familien unterstützenden Dienstes (FuD-Euregio) vor der nächsten Ausschusssitzung zu besichtigen.

Anfrage der SPD-Fraktion:

Auf Anfrage der **SPD-Fraktion** erklärte die **Verwaltung** unter Verweis auf ihre Mitteilung, dass ihr bisher keine Details zur Auflösung des Vorstandes des Senioren- und Behindertenbeirates vorlägen.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs schloss um 19.14 Uhr die öffentliche Sitzung. Es lagen keine Punkte für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung vor.

Dr. Derichs
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin